

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0980/2018**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 23.01.2018

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Matthias Riedl, Fraktion Gießener Linke

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Prüfung der Rahmenbedingungen Berufsfeuerwehr Gießen
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 22.01.2018 -

Antrag:

„Der Magistrat wird beauftragt durch eine/n unabhängige/n Sachverständige/n die Rahmenbedingungen, Strukturen und Arbeitszustände bei der Berufsfeuerwehr Gießen überprüfen und Probleme ermitteln zu lassen.

Ziel der Überprüfung muss die Entwicklung von Lösungen sein, um eine Grundlage zu schaffen, die die Wiederherstellung von Arbeitsbedingungen und eines Arbeitsklima ist, in dem die Mitarbeitenden ihren Dienst vollumfänglich ausüben können und wollen.“

Begründung:

Seit mindestens September 2017 sind die Kritiken und Beschwerden aus der Belegschaft der Berufsfeuerwehr in Gießen dem Magistrat bekannt. Die Berufsfeuerwehr leidet an offensichtlich erheblichen strukturellen Problemen. Insbesondere der breite Wunsch aus der Belegschaft den 24-Stunden Dienst einzuführen sind hier zu nennen. Aber auch von vollen Überstundenkonten, fehlende Zeit für dringend notwendige Schulungen und Mangel an Wertschätzung wird aus der Belegschaft berichtet. So gibt es in Gießen z.B. keine Regelbeförderungen nach Dienstzeit, wie es in anderen Berufsfeuerwehren gängig ist.

Mittlerweile liegen laut Zeitungsberichten mindestens zwei Anträge von Oberbrandmeistern auf Versetzung vor. Bei bis zu fünf weiteren Feuerwehrleuten drohen ähnliche Anträge. Die Kritik am Magistrat und der Amtsleitung zum Umgang mit den Beschwerden sind kaum zu überhören.

Da nun offenbar Maulkörbe zu den Missständen an die Belegschaft ausgesprochen wurden, ist eine unabhängige Überprüfung der Zustände zwingend nötig, um die verfahrenere Situation zielorientiert zu lösen. Brand- und Bevölkerungsschutz müssen in der Stadt weiter gewährleistet werden. Und das nicht auf dem Rücken der Belegschaft.

Matthias Riedl
Fraktionsvorsitzender